

# I. Anmeldung



TOP:

---

## Umweltausschuss Sitzungsdatum 16.07.2014 öffentlich

**Betreff:**

Umsetzung der EU-Industrie-Emissionsrichtlinie (IE-Richtlinie)

**Anlagen:**

Sachverhalt

**Bisherige Beratungsfolge:**

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Sachverhalt (kurz):**

Die Umsetzung der IE-Richtlinie in nationales Recht ist innerhalb von zwei Jahren für Nürnberg gelungen. Bislang wurde der zusätzliche Aufwand als befristetes Projekt ohne zusätzliches Personal bewältigt.

Mit der IE-Richtlinie werden durch den Gesetzgeber die folgenden Ziele verfolgt:

- die integrierte Vermeidung und Verminderung von Verschmutzungen infolge industrieller Tätigkeiten,
- die Definition einheitlicher Umweltstandards für die Zulassung und Überwachung von Industrieanlagen in Europa,
- die Umsetzung des Standes der Technik und
- die höhere Transparenz für die Öffentlichkeit.

Im Stadtgebiet werden derzeit ca. 290 immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen durch das Umweltamt überwacht.

Davon wurden 60 genehmigungsbedürftige Anlagen bzw. Anlagenteile als IED-Anlagen eingestuft. Das sind rund 40% aller IED-Anlagen im Regierungsbezirk Mittelfranken.

Bei den IED-Anlagen handelt sich überwiegend um Druckereien, Gieß- und Schmelzanlagen, Oberflächenbehandlungsanlagen und Abfalllager. Die entsprechenden Anlagen sind eine wesentliche Basis für industrielle und gewerbliche Produktions- und Umwandlungsprozesse der Nürnberger Wirtschaft.

Die eigentliche Herausforderung besteht nun für alle Betroffenen im Vollzug der Verordnung. Schon jetzt ist feststellbar, dass der behördliche Aufwand bezüglich der Beratung, Genehmigung und Überwachung von IED-Anlagen enorm zugenommen hat und von übergeordneten Behörden einer strengen Kontrolle unterliegt. Dieser Aufwand wird sich weiter erhöhen.

Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass der gestiegene Vollzugsaufwand für IED-Anlagen bei nachhaltig knappen Personalressourcen zu einer möglichen - umweltfachlich zweifelhaften - Reduzierung der Überwachung anderer Anlagen führen kann.

Neben umweltbezogenen Aspekten wird dies auch in Bezug auf die damit verbundene Konsequenzen für den rechts- und damit investitionssicheren Betrieb wichtiger Anlagen für Industrie und Gewerbe im Stadtgebiet als bedenklich angesehen.

**Beschluss-/Gutachtenvorschlag:**  
entfällt, da Bericht

**1a. Finanzielle Auswirkungen:**

<input checked="" type="checkbox"/> <b>Nein</b> <input type="checkbox"/> <b>Ja</b>	<input type="checkbox"/> <b>Noch offen, weil</b>
---	--

**Kosten:**

noch nicht bezifferbar

Gesamtkosten	€	Folgekosten pro Jahr	davon pro Jahr	
davon investiv	€	<input type="checkbox"/> begrenzter Zeitraum	Sachkosten	€
davon konsumtiv	€	<input type="checkbox"/> dauerhaft	Personalkosten	€

**1b. Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen sind bereitgestellt:**

- Nein** Abstimmung mit Stk (siehe Punkt 4) erforderlich
- Ja** Betrag: € Profitcenter / Investitionsauftrag:

**2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:**

- Nein**
- Ja** im Umfang von Vollkraftstellen (weiter bei 2b)

**2b. Deckung vorhanden:**

- Nein** Abstimmung mit OrgA (siehe Punkt 4) erforderlich
- Ja** Stellen-Nr.

**3a. Prüfung der Genderrelevanz durchgeführt:**

- Nein**
- Ja**

**3b. Geschlechterrelevante Auswirkungen:**

- Nein**
- Ja:**

4. **Abstimmung ist erfolgt mit:**

**Ref. I / OrgA**

Deckungsvorschlag akzeptiert

keine Stellendeckung vorhanden

Einbringung in das Stellenschaffungsverfahren

**Ref. II / Stk**

Deckungsvorschlag akzeptiert

keine Haushaltsmittel vorhanden

Ein Finanzierungsvorschlag ist noch zu erarbeiten

**RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

II. **Herrn OBM**

III. **Ref. III**

Nürnberg, 25.06.2014  
Referat III

Dr. Pluschke

(     )